

Zeitenwende

Europa diskutiert und im Nahen Osten wird gehandelt

Die Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg schien klar zu sein: „Nie wieder“. Doch aus dem „nie wieder“ haben sich in den beiden neu gegründeten Staaten Deutschland und Israel zwei völlig unterschiedliche Interpretationen entwickelt. Während die Deutschen „nie wieder Krieg“ wollen, die internationalen Systeme kollektiver Sicherheit und kollektiver Verteidigung hochhalten und sich über Jahrzehnte an militärischen Auseinandersetzungen primär mit der „Scheckbuchdiplomatie“ beteiligten, machte sich das israelische Volk den Satz „nie wieder Auschwitz“ zu eigen. Israel möchte „nie wieder“ auf jemand anderen angewiesen sein, wenn es um die Sicherheit und Verteidigung des eigenen Volkes geht.

Das „zionistische Projekt“ fußt auf der Grundlage, einen sicheren Staat für alle Juden der Welt zu schaffen. Es verstand und versteht sich als Antwort auf die jahrhundertelange Judenverfolgung.¹ Hinzu kommt, dass diesem Sicherheitsbedürfnis auch reale Feinde in unmittelbarer Nachbarschaft des Staates Israel gegenüberstehen. Eine Vorstellung, die für das heutige Deutschland undenkbar ist. Potenziellen Gefahren ist man hierzulande seit Jahrzehnten durch Bündniszugehörigkeiten entgegengetreten oder man hat sie gar nicht erst wahrgenommen. Vor allem die Sicherheitsgarantien der Amerikaner verschafften den Deutschen dabei stets eine komfortable Position, in der Sicherheit als gegeben angesehen wurde.² „Von Freunden umzingelt“ lautete 1992 die ironische, wenngleich zutreffende Lagebeschreibung der Bundesrepublik durch Verteidigungsminister Volker Rühe.³ Seitdem ist die Generation der Millennials in einer nie dagewesenen Phase von Frieden, Freiheit und Wohlstand herangewachsen und hat nun auch in der Politik Verantwortung übernommen.

Aus diesem sehr unterschiedlichen Verständnis von „nie wieder“ ergeben sich für das deutsch-israelische Verhältnis gelegentlich Verständnisprobleme. Erst seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 findet zumindest in Teilen eine deutsche Aufarbeitung statt. Mit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine scheint die deutsche Politik in der Wirklichkeit angekommen zu sein.⁴ Die Deutschen werden sich bewusst, dass es reale Risiken für Frieden und Freiheit gibt, die ohne militärisches Rüstzeug nicht gelöst werden können. Die öffentliche Meinung in Deutschland verändert sich schlagartig: 78 Prozent der Deutschen befürworten jeweils deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine sowie die Aufrüstung der Bundeswehr. Nur wenige Bürger (16 Prozent) finden beides falsch.⁵

Jüngst ermittelte das Meinungsinstitut Forsa, dass 69 Prozent der Deutschen sogar befürchten, die NATO könne in den Konflikt hineingezogen werden, weil der russische Präsident Wladimir Putin ein Mitglied des westlichen Verteidigungsbündnisses angreifen könnte, zum Beispiel die baltischen Staaten Estland, Lettland oder Litauen. Dies würde dann auch Deutschland direkt betreffen.⁶ Die neue Konfrontation erinnert an die Zeit des Kalten Krieges. Nicht umsonst wählte Bundeskanzler Olaf Scholz den Begriff der Zeitenwende für seine Regierungserklärung im Deutschen Bundestag anlässlich des russischen Einmarschs in der Ukraine.

Der russische Angriff wurde von der Regierungskoalition aus SPD, Grünen und FDP genutzt, um eine dringend notwendige Neuausrichtung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzuleiten. Die gefährliche Situation an der Ostgrenze der Euro-

päischen Union und der NATO schaffte das politische Momentum: Die Stimmung im Land lässt es zu, bislang unpopuläre Entscheidungen zu treffen und so dringend notwendige Beschaffungen für die Bundeswehr durch ein neues Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro voranzutreiben. Damit soll auch sichergestellt werden, dass Deutschland endlich das 2%-Ziel der NATO erfüllt, welches bereits beim NATO-Gipfeltreffen in Wales im September 2014 beschlossen wurde. Seitdem ist die Bundesrepublik ihren Bündnisverpflichtungen nicht vollumfassend gerecht geworden.⁷

Der explizite Hinweis von Bundeskanzler Scholz auf die Anschaffung bewaffneter Heron-Drohnen aus Israel in seiner Regierungserklärung wirkt daher nur konsequent.⁸ Zum einen handelt es sich um Equipment, welches die Bundeswehr bereits zu Aufklärungszwecken nutzt. Andererseits ist der Hinweis auf den jüdischen Staat sicherlich nicht unbedarft gewählt.

Mit Israel benennt der Bundeskanzler einen Staat als Beispiel, der sich immer wieder mit defensiven und offensiven Systemen gegen Angriffe von außen zur Wehr setzen muss – eine Realität und ein Verständnis von notwendiger Landesverteidigung, mit dem sich auch die deutsche Öffentlichkeit auseinandersetzen sollte. Die Veränderung der wahrgenommenen und tatsächlichen Sicherheitslage in Deutschland kann auch sehr direkte Auswirkungen auf das

Verhältnis mit Israel haben. Bislang stand der Beitrag Deutschlands für die Sicherheit des jüdischen Staates als Bestandteil der deutschen Staatsräson im Fokus. Nun ergibt sich parallel die Perspektive, dass auch Israel einen Beitrag für die deutsche Sicherheit leisten kann.

Darüber hinaus besteht die Hoffnung, dass sich die deutsche Seite zunehmend besser in die israelische Situation hineinversetzen kann. Dazu zählt vor allem ein besseres Verständnis hinsichtlich der stärksten Bedrohung im Nahen Osten, dem Iran. Es wäre auch aus Sicht Israels und einer zunehmenden Zahl von arabischen Staaten wohl wünschenswert, wenn sich Deutschland in dieser Hinsicht vom Kurs der Appeasement-Politik abwenden und zu einer zielorientierten Realpolitik finden würde.

Auf dem Weg zur regionalen Dominanz des Iran?

Vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegenüber der Ukraine scheint es derzeit kaum vorstellbar, dennoch braucht es weiterhin eine Kooperation mit Russland, um das Streben des Irans nach einer atomaren Bewaffnung wirksam und dauerhaft zu verhindern.

Die russischen Atomwaffenkapazitäten und die unverhohlene Androhung eines möglichen Einsatzes lassen die NATO-Staaten derzeit von einer stärkeren



Intervention zu Gunsten der Ukraine absehen. Kaum vorstellbar, in welche Situation das westliche Bündnis geraten würden, wenn auch noch der Iran atomare Waffenkapazitäten hätte. Der Iran könnte durch eine glaubhafte nukleare Drohkulisse eine Immunität für seine Proxykräfte im Nahen Osten⁹ erreichen und sie so gegen Interventionen abschirmen.

Der Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), als Wiener Atomabkommen bekannt, wurde im Juli 2015 abgeschlossen. Wie auch die Minsker Abkommen (September 2014/Februar 2015) ist die Vereinbarung von einem zum jeweiligen Zeitpunkt vorherrschenden optimistischen Blickwinkel auf die Außen- und Sicherheitspolitik gekennzeichnet. Bei beiden Abkommen stellt sich auch die Frage nach der Belastbarkeit und Verlässlichkeit der Vertragspartner. Die Verstöße des Iran gegen den JCPOA durch Urananreicherung und Herstellung von Uranmetall verdeutlichen dies. Ein großflächiger russischer Angriff auf die Ukraine wurde in westlichen Kreisen lange für schwer vorstellbar gehalten. Der gleiche Fehler könnte in Bezug auf den Iran gemacht werden.

Ausgehandelt wurde das ursprüngliche Abkommen zwischen dem Iran und den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats, China, Frankreich, Russland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, sowie der Europäischen Union.¹⁰ Hinsichtlich der Zukunft des JCPOA stellt sich jedoch die Frage, inwiefern sich die außenpolitischen Interessen der westlichen Demokratien mit denjenigen Russlands und Chinas decken. Der JCPOA ist so konzipiert, dass Europa, die USA, Russland und China auf der gleichen Seite stehen müssen. Derzeit suchen jedoch sowohl Russland als auch China einen von den anderen Vertragspartnern losgelösten Schulterchluss mit dem iranischen Regime. Dies belegt unter anderem das im März 2021 abgeschlossene 25-jährige Kooperationsabkommen zwischen Iran und China.

Auch Russland sucht die Nähe des Regimes in Teheran. In den gegenwärtigen Verhandlungen setzt sich Moskau für weitreichende Garantien an den

Iran ein. Dazu reiste der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian Mitte März 2022 eigens nach Moskau.¹¹ Es ist damit zu rechnen, dass Russland und der Iran in den kommenden Jahren auf die gleichen Proxykräfte zurückgreifen könnten. Die bekannt gewordene Anwerbung syrischer Kämpfer für den Einsatz in der Ukraine deutet hierauf hin.¹²

Im Gegensatz zu Russland hat der Iran das Potential, sich zu einer wirtschaftlich stark aufstrebenden Macht zu entwickeln. Dieses Machtpotential wurde in den letzten eineinhalb Jahrzehnten lediglich durch Sanktionen eingehegt. Der mögliche iranische Aufstieg würde durch einen weiter steigenden Ölpreis zusätzlich finanziell befeuert. Die budgetären Fähigkeiten zur militärischen Unterstützung von Proxykräften würden damit weiter steigen, wenn nicht entsprechende Maßnahmen seitens der internationalen Gemeinschaft unternommen würden.

Auch die USA sind offenbar nicht davor gefeit, gegenüber dem Iran größere Kompromisse einzugehen, um über die Freigabe iranischer Ölexporte den Weltmarktpreis abzufedern und eigene wirtschaftliche Schäden zu minimieren. Berichte über amerikanische Pläne, die iranischen Revolutionsgarden von der Liste terroristischer Organisationen zu streichen, zeigen diese ungewöhnliche Kompromissbereitschaft auf.¹³

Auswirkungen der Neuausrichtung europäischer Sicherheitspolitik auf den Nahen Osten



Die sicherheitspolitische Aufmerksamkeit der USA verschiebt sich vom Nahen Osten (und anderen

Regionen) in den indopazifischen Raum. Die russische Invasion der Ukraine wird nun europäische Aufmerksamkeit und Ressourcenallokation in Osteuropa binden. Dadurch droht im Nahen Osten ein Doppelvakuum mit verheerenden Auswirkungen auf die regionale Stabilität. Die kürzlich erfolgte Rückbeorderung der Korvette Erfurt, die vor der Küste Libanons Dienst leisten sollte, in den Nord-Ostseeraum ist ein erstes Anzeichen dieser Verschiebung.¹⁴

Das russische Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg verdeutlicht bereits seit einigen Jahren, dass sich die sicherheitspolitische Herausforderung Europas durch das erneut als systemischen Rivalen auftretende Russland sowohl in Osteuropa als auch im Nahen Osten abspielt. Durch das Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg hat sich Russland erneut zu einer regionalen Macht im Nahen Osten entwickelt.¹⁵ Die russische Intervention in Syrien folgte dabei mit einem Abstand von lediglich zweieinhalb Monaten auf die Unterzeichnung des JCPOA. Dies unterstreicht, welche Schlüsse Putin aus der westlichen Iranpolitik zog: Zurückhaltung wurde als Schwäche interpretiert.

Auch der Arabische Frühling hatte mit den ausgelösten Flüchtlingswellen unmittelbare Auswirkungen auf die Stabilität der europäischen Demokratien. Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union war dabei in Teilen auch eine Reaktion auf die Flüchtlingskrise, befeuert durch den syrischen Bürgerkrieg.¹⁶ Es liegt daher im ureigenen Interesse Europas, sich auch im Nahen Osten sicherheitspolitisch zu engagieren.

Hoffnung in dunklen Zeiten: Das Abraham-Abkommen und das türkische Tauwetter

Die russische Invasion der Ukraine zeigt bereits globale wirtschaftliche Auswirkungen, insbesondere im Lebensmittelsektor. Dies betrifft vor allem den durch Dürren und Konflikte geprägten und auf Importe angewiesenen Nahen Osten. Steigende Lebensmittelpreise haben das Potential zu katastrophalen Auswirkungen auf die Region. So stammen beispielsweise 25 Prozent des Weizenimports Ägyptens aus der Ukraine, 60 Prozent kommen aus Russland.¹⁷ Nahezu

der gesamte libanesische Weizenimport stammt aus der Region ums Schwarze Meer. Während die Wirtschaft des Landes bereits in den Monaten vor Kriegsbeginn kollabierte, treiben die steigenden Preise den Libanon in eine größer werdende Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern, um den benötigten Import aus anderen Regionen der Welt decken zu können.¹⁸ Alles andere würde die ohnehin schon fragile Stabilität im Land weiter gefährden und könnte zu einer ähnlichen Situation wie in Syrien führen. Dort wurde der Ausbruch des Bürgerkriegs auch durch die syrische Dürre zwischen 2006 und 2010 begünstigt.

Kurzfristig mag die drohende Knappheit bestimmter Lebensmittel durch andere Herkunftsländer und westliche finanzielle Hilfen abgefedert werden können. Perspektivisch braucht die Region jedoch einen anderen Ansatz, um die Versorgungssicherheit der eigenen Bevölkerungen zu gewährleisten. Das Abraham-Abkommen, eine Normalisierung und Intensivierung der Beziehungen zwischen Israel und einigen arabischen Staaten, bietet sich hier als strategische Grundlage an.¹⁹ So könnten israelische Innovationen im Agrarsektor und Lebensmittel- und Wassertech-



Innovation aus Israel: Tröpfchenbewässerung

nologie einen zentralen Beitrag gegen drohende Lebensmittelknappheit in der Region leisten. Eine Ausweitung des Abraham-Abkommens auf weitere Staaten könnte zusätzliche Synergien schaffen und der fortschreitenden Destabilisierung der Region entgegenwirken. Doch während Europa diskutiert, werden im Nahen Osten Tatsachen geschaffen. Es liegt im Interesse Europas, diese Entwicklungen aktiv zu unterstützen und zu befördern, um damit Stabilität und Sicherheit in der Region zu stärken.

Auch die Türkei hat in den vergangenen Monaten ihre Außenpolitik neu aufgestellt. So wurden Gespräche mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten, Israel und Armenien gesucht und geführt: Ankara folgt damit der sogenannten Doktrin des „problemfreien Kreises“.²⁰ Europa sollte diese Entwicklung und insbesondere das Tauwetter zwischen Ankara und Jerusalem unterstützen.

Eine große Herausforderung stellt hierbei das Projekt der EastMed Pipeline dar, bei dem türkische Interessen denen ihrer Nachbarstaaten widersprechen. Das ägyptisch-israelisch-zyprisch-griechische Projekt könnte jedoch neue Relevanz erhalten, bietet es sich doch eventuell als Baustein einer Alternative zu russischen Gaslieferungen an. Europa könnte eine neue Rolle zukommen, das Projekt durch die Flankierung eines Kompromisses zwischen der Türkei und seinen Nachbarstaaten zu unterstützen.

Deutschland und Europa haben dabei ein in mehrfacher Hinsicht ein besonderes sicherheitspolitisches Interesse. Es geht einerseits um die Versorgungssicherheit mit Energie, andererseits um gute Bezie-

hungen mit dem NATO-Mitglied Türkei, immerhin der Partner mit der zweitgrößten Truppenstärke innerhalb der NATO.²¹ Die Nutzung militärischer Stützpunkte am Bosphorus ist zudem ein wichtiger Stützpfeiler des sicherheitspolitischen Engagements Europas im Nahen Osten.



Es gibt somit eine Vielzahl von Interessen, die sich für Deutschland anbieten, im Nahen Osten verfolgt zu werden. Natürlich stellt sich hier immer sowohl die Frage von Machbarkeit als auch von politischem Willen. In Bezug auf Israel ist dies jedoch auch eng mit der deutschen Staatsräson verbunden, welche die Sicherheit des jüdischen Staates einschließt. Bisher musste sich dieses Zugeständnis an unsere israelischen Freunde noch keiner Prüfung unterziehen. Umso wichtiger wäre es sicherlich, „Israels Sicherheit als Teil deutscher Staatsräson“ mit Bedeutung und Leben zu füllen. Ein Beitrag dazu könnte ein stärkeres Engagement Deutschlands in den JCPOA-Verhandlungen, bei der Unterstützung der Abrahamabkommen oder eine Rolle bei den EastMed-Verhandlungen mit der Türkei liefern.

Quellenverzeichnis

1. **Schneider, Richard C.:** „Alltag im Ausnahmezustand. Mein Blick auf Israel.“ Verlagsgruppe Random House (2018), München.
2. **Kovac, Jonathan:** „Zweierlei „Nie Wieder““, 07.11.2021 in <https://internationalepolitik.de/de/zweierlei-nie-wieder>.
3. **Hellmann, Gunther:** „‘Von Freunden umzingelt‘ war gestern“, 31.08.2018 in <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/275104/von-freunden-umzingelt-war-gestern/#footnote-target-2>.
4. **Schlögel, Karl:** „Deutschland kommt eine besondere Verantwortung zu“, 19.03.2022 in <https://www.nzz.ch/meinung/krieg-in-der-ukraine-deutschland-kommt-eine-besondere-verantwortung-zu-id.1674700>.
5. **Redaktionsnetzwerk Deutschland:** „Wie unterschiedlich die Deutschen in Ost und West auf den Ukraine-Konflikt blicken“, 03.02.2022 in <https://www.rnd.de/politik/ukraine-angst-vor-drem-weltkrieg-laut-umfrage-in-deutschland-hoch-PCCADTOID47DSMIGECTZ5BMPZM.html>.
6. **Die Welt:** „Auf Menschen mit Ängsten muss man zugehen“, 01.03.2022 in <https://www.welt.de/politik/deutschland/article237213403/Krieg-Auf-Menschen-mit-Aengsten-muss-man-zugehen-fordert-Montgomery.html>.
7. **North Atlantic Treaty Organization:** „Wales Summit Declaration“, 05.09.2014 in https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_112964.htm.
8. **Scholz, Olaf:** „Regierungserklärung zur Situation in der Ukraine“, 27.02.2022 in <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-02/olaf-scholz-regierungserklaerung-ukraine-rede>.
9. **ELNET Deutschland:** „Hisbollah – Sicherheit Israels und Europas in Gefahr“, 2021 in „Europe’s Strategic Choices: Die Rolle Europas im Nahen Osten“, <https://elnet-deutschland.de/elnet-event/europes-strategic-choices-die-rolle-europas-im-nahen-osten/>.
10. **ELNET Deutschland:** „Herausforderung Iran. Rückkehr zum JCPOA oder Neuanfang?“, 2021 in <https://elnet-deutschland.de/themen/politik/herausforderung-iran-rueckkehr-zum-jcpoa-oder-neuanfang/>.
11. **Times of Israel:** „Iranian FM to visit Moscow for nuclear talks amid Russian sanctions demands“, 14.03.2022 in <https://www.timesofisrael.com/iranian-fm-to-visit-moscow-for-nuclear-talks-amid-russian-sanctions-demands/>.
12. **The Guardian:** „Syria recruiting troops from its military to fight with Russian forces in Ukraine“, 11.03.2022 in <https://www.theguardian.com/world/2022/mar/11/putin-approves-russian-use-of-middle-east-fighters-against-ukraine>.
13. **Mohammed, Arshad und Parisa, Hafezi:** „U.S. weighs dropping Iran’s IRGC from terrorism list – source“, 16.03.2022 in https://www.reuters.com/world/us-weighs-dropping-irans-irgc-terrorism-list-source-2022-03-16/?utm_source=iterable&utm_medium=email&utm_campaign=3899824.
14. **Hemicker, Lorenz:** „Die Marine zeigt Flagge um jeden Preis“, 15.03.2022 in <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ukraine-krieg-deutsche-marine-hofft-auf-mehr-mittel-17876633.html>.
15. **Miller, Chris:** „After Five Years of Fighting in Syria, Putin has Gotten What He Wants“, 08.10.2020 in <https://foreignpolicy.com/2020/10/08/after-five-years-of-fighting-in-syria-putin-has-gotten-what-he-wants/>.
16. **Vohra, Anchal:** „The Arab Spring Changed Everything – in Europe“, 24.12.2020 in <https://foreignpolicy.com/2020/12/24/the-arab-spring-changed-everything-in-europe/>.
17. **WELT am Sonntag:** „Putins Weizen-Krieg und Deutschlands Entscheidung“, 20.03.2022 in <https://www.welt.de/politik/ausland/plus237644963/Lebensmittelknappheit-So-nutzt-Putin-Weizen-als-Waffe.html>.
18. **Lukas, Stefan/ Paradies, Marius:** „Düstere Aussichten für den Nahen Osten: Russlands Angriffskrieg und seine Folgen für die regionale Ernährungssicherheit“, in BAKS Arbeitspapiere 2/2022, <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2022/duistere-aussichten-fuer-den-nahen-osten-russlands-angriffskrieg-und-seine>.
19. **Singh, Michael:** „Arab-Israeli Normalization Could Remake the Middle East“, März/April 2022 in <https://www.foreignaffairs.com/articles/middle-east/2022-02-22/axis-abraham>.
20. **Meier, Christian/ Hermann, Rainer:** „Wagen Jerusalem und Ankara den Neustart?“, 09.03.2022 in <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/israels-praesident-bei-erdogan-neustart-mit-der-tuerkei-17865123.html>.
21. **Statista:** „Truppenstärke der Streitkräfte der NATO nach Staaten von 1990 bis 2021“, 24.01.2022 in <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36914/umfrage/streitkraefte-der-nato/>.